Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 609. Donnerstag, 29. Dezember 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 3,00 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gebr. Arnhold
DRESDEN-BERLIN
Waisenhausstraße 20/22
Hauptstraße 38, Chemnitzer Straße 96
Berliner Bureau:
Berlin W 56, Französische Straße 33e

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinsschein-Einlösung
An- und Verkauf in- und ausländischer Werte
Vermittlung der Abstemplung tschechisch-slowakischer Wertpapiere

Die deutsche Antwort in Paris.

Ein deutsches Memorandum an die Reparationskommission.

Einzelheiten über die Steuerpläne. — Vorschläge für die Reparation.

Berlin, 28. Dez. Staatssekretär Fischer wird morgen nachmittag in Paris von der Wiedergutmachungskommission empfangen. Er wird, dem Pariser „Journal" zufolge, den Verbündeten ein Memorandum überreichen, das die von der Wiedergutmachungskommission gewünschten Einzelheiten über die neuen Steuerpläne der Regierung und deren voraussichtliche Erträgnisse enthält. Er wird außerdem Vorschläge über die Art vorlegen, wie Deutschland seine Verpflichtungen am 15. Januar und 15. Februar zu erfüllen gedenke.

Wie der „Intransigeant" zu berichten weiß, soll die deutsche Regierung der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt haben, sie wünsche über die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Zahlungen gehört zu werden. Man habe Grund, anzunehmen, daß der von Deutschland unternommene Schritt darauf abziele, die ursprüngliche Erklärung der Unmöglichkeit die in dem Abkommen von London festgesetzten Zahlungen zu leisten, neuerlich zu prüfen. Man dürfe also annehmen, daß Deutschland entschlossen sei, die als a conto angebotene Summe bedeutend zu erhöhen. (?)

Genf, 28. Dez. Aus Paris wird gemeldet: Der Ministerpräsident hat sich in seinen Besprechungen mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois damit einverstanden erklärt, daß das Steuersystem so abgeändert werde, daß die deutschen Steuern durch Erhöhung um 200 bis 300 Prozent die gleiche Höhe erreichen wie in den Staaten, die in der Reparationskommission vertreten sind.

Die Forderung ist so unsinnig, daß keine deutsche Regierung ihr nähertreten kann.

Rathenau kommt mit leeren Händen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 28. Dez. Das Reichskabinett ist in seinen Besprechungen am 1., 2. und 3. Feiertag dahin übereingekommen, daß ein offizieller Bericht über die Londoner Reise des Herrn Rathenau nicht ausgegeben werden soll. Damit scheinen sich die Auslandsmeldungen in vollem Umfange zu bestätigen, daß Herr Rathenau aus London nicht einmal die bescheidensten Hoffnungen mitbekommen hat.

Havenstein gegen einen Eingriff in den Goldbestand.

Berlin, 28. Dez. Das Reichskabinett hat in der Reparationsfrage noch keinen Beschluß gefaßt. In Wirtschaftskreisen wird bestimmt damit gerechnet, daß wir bis zum 15. Februar 500 Millionen Goldmark zu zahlen, also am 15. Januar 250 Millionen abzuliefern haben. **Gegen einen Eingriff in den noch vorhandenen Goldbestand der Reichsbank spricht sich Reichsbankpräsident Havenstein bestimmt aus.** Ueber Paris wird aus London gemeldet, daß die Wiedergutmachungskommission Einwendungen gegen die Festsetzung von 500 Millionen Goldmark als Gesamtzahlung Deutschlands im Jahre 1922 erhob. Die Kommission weist darauf hin, daß bereits im Juli Abmachungen über die Verteilung der ersten deutschen Goldmilliarde getroffen worden seien, die nicht umgestoßen werden könnten.

Ein belgischer Vorschlag zur Erfassung der deutschen Auslandsguthaben.

Berlin, 28. Dez. Belgische Sachverständige haben dem „Intransigeant" zufolge eine Denkschrift ausgearbeitet, nach der die deutschen Auslandsguthaben in fremden Devisen gegenwärtig 1 Milliarden Goldmark betragen sollen. Belgien will angeblich Maßnahmen vorschlagen, deren Durchführung den Verbündeten die Hälfte der deutschen Auslandsguthaben sichern würde. — Wie der „Temps" meldet, haben Italien und Belgien den Wunsch geäußert, an den Besprechungen von Vertretern des französischen und englischen Wirtschaftslebens, die in den nächsten Tagen in Paris zusammenkommen, teilzunehmen.

Deutschlands Stellung in Cannes.

Keine gleichberechtigte Teilnahme. — Lauter hartnäckige Gläubiger. — Deutschland kann und muß zahlen!

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 28. Dez. Die „Morning Post" meldet: Ueber die Einladung Deutschlands nach Cannes ist ein Beschluß noch nicht gefaßt. Gegen eine Einladung ohne genau umschriebene Richtlinien wendet sich das französische Kabinett, das lediglich die Befragung deutscher Vertreter zugestehen will, aber nicht ihre Einladung als gleichberechtigte Konferenzteilnehmer. Der französische Standpunkt scheine sich bei den Alliierten durchzusetzen.

London, 28. Dez. Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post" meldet, es sei mehr als wahrscheinlich, daß sich Deutschland in Cannes lauter Gläubigern gegenüberstehen werde, die darauf bestehen würden, daß Deutschland zahlen könne und müsse. Trotz den amtlichen Erklärungen, daß zwischen den Premierministern von Frankreich und England Uebereinstimmung herrsche, sei es zwecklos, die radikalen Verschiedenheiten der amtlichen Auffassung beider Länder zu übersehen. (W. T. B.)

Ein französischer Vorschlag.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 28. Dez. Wie der „Matin" meldet, ist auch von Frankreich ein ausführlicher Vorschlag für die Konferenz in Cannes aufgestellt, mit dem sich der Ministerrat am 2. Feiertag befaßt habe. Der Entwurf sei einstimmig angenommen worden. Sein Hauptinhalt betreffe die Zahlung der deutschen Raten im Januar und Februar, die Herabsetzung der späteren Jahreszahlungen um generell 20 bis 25 Prozent, die Finanzaufsicht in Deutschland durch die Garantiekommission und die Unterstellung der deutschen Reichsbank unter englisch-französische Kontrolle.

Der Nachrichtendienst des Auslandes.

In Berlin, München, Leipzig, Hamburg, Breslau, wimmelt es von Korrespondenten der ausländischen Presse. Das ist nicht verwunderlich. Der Engländer Stanley hat einmal das Wort geprägt, daß der Spezialkorrespondent ein Aasgeier sei, der aus weitester Ferne mit untrüglicher Sicherheit und Schnelligkeit zum Mahle herbeieile. Und es gibt wahrlich in Deutschland vom Standpunkt des ausländischen Nachrichtendienstes aus so allerlei gute und interessante Sachen zu essen. Tatsächlich sind die besten Federn der amerikanischen, englischen, französischen Presse jetzt an der Arbeit. Diese Männer mit Ministergehältern bezahlt, von stärkstem politischen Instinkt und feinstem Verständnis für das Nachrichtenbedürfnis ihrer Länder getrieben, haben einen ganz ausgezeichneten Nachrichtendienst über Deutschland für Neuyork, London und Paris eingerichtet. Sehr häufig, oder fast immer ist dieser Nachrichtendienst natürlich stark tendenziös, und er dient niemals weder dem deutschen Interesse noch dem allgemeinen Begriff von Gerechtigkeit und Billigkeit. Zugegeben muß aber werden, daß diese Auslandskorrespondenten emsig sind wie die Bienen und daß auf Grund ihrer intensiven Arbeit der Deutsche häufig in der Londoner „Times" oder im Pariser „Matin", oder im „New York Herald" wichtige Darstellungen liest, die für ihn Information bedeuten. Der Wert der Arbeit dieser ausländischen Zeitungsleute wird jedoch mit ganz wenigen Ausnahmen stark getrübt durch eine bewußt und gewollt feindliche und aggressive Haltung gegen alles was deutsch ist.

Es wird deshalb keinem vernünftigen Menschen in Deutschland einfallen, nach Maßregelungen und Ausweisungen der ausländischen Korrespondenten zu schreien. Diese Methoden einer früheren Zeit, es sei nur an die Chikanen gegen deutsche Zeitungsleute in Paris erinnert, sind heutzutage weder möglich noch wirksam. Bekämpft werden kann der deutsche Nachrichtendienst des Auslandes nur durch einen deutschen Nachrichtendienst von gleicher Güte und Energie.

Die Errichtung eines solchen deutschen Nachrichtendienstes muß jedoch leider vorläufig noch als Zukunftsmusik angesprochen werden. Starke Ansätze zur Gestaltung eines solchen Nachrichtendienstes haben sich zwar gezeigt, aber sie sind immer wieder gehemmt und schließlich abgetötet worden durch die Geldfrage allein. Telegrammkosten und Kabelgebühren sind unter den Valutaverhältnissen für den deutschen Zeitungsmann fast unerschwinglich und durch die Geldfrage nicht nur, sondern auch durch die eigentümliche Haltung der deutschen offiziellen Stellen, die immer wieder aus ganz falschen Erwägungen heraus den ausländischen Nachrichtendienst zur Verbreitung deutscher Nachrichten benutzen und den deutschen Nachrichtendienst vernachlässigen. Diese Haltung der deutschen Regierung ist außerordentlich wichtig. Keinerlei Anstrengungen von privater Seite zum Ausbau des deutschen Nachrichtendienstes, keinerlei Anstrengungen an Geld und Begabung zur Herstellung eines guten deutschen drahtlosen Nachrichtendienstes zum Beispiel können von Erfolg sein, solange der ausländische Nachrichtendienst immer wieder dadurch bevorzugt wird, daß deutsche Regierungsstellen und deutsche Männer von Gewicht und Einfluß ihre Nachrichten der ausländischen Zeitung geben und nicht der deutschen Zeitung.

Die Beispiele dafür sind zahlreich. Immer wieder hat der deutsche Reichskanzler ausländischen Zeitungsmännern Unterredungen gewährt und diesen ausländischen Zeitungsleuten wichtige Mitteilungen gemacht, in dem Glauben, deutsche Zwecke durch die publizistische Bearbeitung des Auslandes fördern zu können. Es ist uns gerade in den letzten Monaten immer wieder passiert, daß wir grundlegend wichtige Aeußerungen deutscher Minister auf dem Umwege über eine große ausländische Zeitung zu hören bekamen. Es muß einmal gesagt werden, daß diese Auffassung vom Nachrichtendienst nicht nur ergebnislos, sondern auch würdelos ist.

Kein Staatsmann des Auslandes würde auch nur im Traum daran denken, wichtige Richtlinien der Politik seines Landes auf dem Umwege über Deutschland zu veröffentlichen.

Präsident Harding gewährt keinem deutschen Journalisten ein Interview, auch würde sich Lloyd George oder Briand eines solchen Nachrichtendienstes nie bedienen. Nur wir Deutschen sind so unsagbar naiv, daß wir zu Regierungserklärungen die Londoner „Times" oder den Pariser „Matin" gebrauchen. Als ein Beispiel sei nur erwähnt, daß sofort nach Abschluß der Wiesbadener Besprechungen der Pariser „Matin" eine Erklärung des Ministers Rathenau veröffentlichen konnte, während die deutsche Presse keinerlei Erklärung bekam und sich auf die Wiedergabe der „Matin"-Meldung beschränken mußte. Wenn auch unwichtig, es sei doch nebenbei erwähnt, daß der gleiche Pariser „Matin" eine Photographie von Loucheur und Rathenau im Sitzungssaale zu Wiesbaden bringen konnte mit den eigenhändigen Unterschriften der beiden Minister, während keine derartige Photographie an die deutsche Presse gelangte.

Das sind aber nur Einzelbeispiele. Jeder deutsche Zeitungsleser weiß, daß immer wieder wichtige Erklärungen deutscher Staatsmänner nicht in deutschen Zeitungen erscheinen, sondern in der ausländischen Presse. Diese Tatsache kann nicht bestritten werden. Diese Tatsache ist ebenso traurig wie für das deutsche Selbstgefühl aufreizend.

Die Entwicklung des deutschen Zeitungswesens und des deutschen Nachrichtendienstes hängt von so vielen schwierigen Geldfragen und Organisationsfragen ab, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen weder Kritik noch Beurteilung

Ein Ultimatum der rheinischen Eisenbahner

Teilstreiks im Bezirk Elberfeld.

Berlin, 28. Dez. Die vor Weihnachten begonnenen Besprechungen mit den Eisenbahnern wurden gestern im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. — Wie der „Vorwärts" meldet, haben die Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen in einer gemeinsamen Beratung eine Entschließung gefaßt, in der für verheiratete männliche Bedienstete eine Vorschußsumme von 1000 Mk. und für ledige sowie für weibliche Bedienstete eine solche von 750 Mk. gefordert wird. Die Bewilligung dieser Forderungen wird spätestens bis Mittwoch 2 Uhr erwartet. Die Ablehnung der Forderungen würde zweifellos für die drei Direktionsbezirke den Streik bedeuten. Auf einzelnen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Elberfeld ist die Arbeiterschaft bereits in den Streik getreten. Die Beamten verhalten sich bisher noch passiv.

Heute mittag sind im Reichsverkehrsministerium neue Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahner eingeleitet worden. Die Verwaltung hofft zu einer Einigung zu kommen. Die Verhandlungen dürften sich aber noch bis über die nächste Woche hinaus erstrecken. Es wird gehofft, daß es bis zur endgültigen Gehaltsregelung gelingen werde, den Betrieb in Ruhe aufrechtzuerhalten.

*

Verringerung des Eisenbahnpersonals.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. Dez. Zu einer von Berliner Blättern verbreiteten Meldung über eine Verringerung des Handwerker- und Arbeiterbestandes der Reichseisenbahnverwaltung um 20000 Mann läßt das Verkehrsministerium erklären, daß es nicht daran denke, von heute auf morgen 20000 Leute auf die Straße zu setzen. Allmählich werde allerdings auf eine Verminderung hingearbeitet. In welcher Weise dies geschehen werde, lasse sich augenblicklich noch nicht übersehen. Ausgeschlossen sei es natürlich nicht, daß die Eisenbahnverwaltung Leute entlassen werde.

Die Ausbreitung der nationalen Bewegung in Aegypten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 28. Dez. Aus Kairo wird berichtet, daß über 7000 ägyptische staatliche und kommunale Verwaltungsbeamte als Protest gegen das englische Auftreten in Aegypten die Arbeit niederlegten. Die öffentlichen Gebäude wurden von englischen Truppen besetzt und sind für den Verkehr geschlossen. General Allenby erließ einen weiteren Befehl, daß alle Bürger die Waffen abliefern müssen. In den Häfen werden fortgesetzt englische Truppen ausgeschifft, die sich nach Kairo und der Kanalzone begeben. Die in ägyptischen Blättern gemeldeten Berichte, daß der Sultan bei Lord Curzon telegraphisch seinen Rücktritt angemeldet habe, wird von englischer Seite dementiert.

Der Erzherzog Johann Salvator in Kairo getötet?

Rotterdam, 28. Dez. Professor Johann Orth, der bei den Unruhen in Kairo getötet wurde, soll der bekannte frühere österreichische Erzherzog Johann Salvator gewesen sein, der vor Jahren auf geheimnisvolle Weise verschwand. Er erhielt bei den Unruhen mehrere Messerstiche in den Rücken, als er sich auf dem Wege nach seiner Wohnung befand.

Sympathiekundgebung der ägyptischen Kolonie in Berlin.

Berlin, 28. Dez. Die Mitglieder der ägyptischen Kolonie in Berlin veranstalteten gestern nachmittag vor der englischen Botschaft in der Wilhelmstraße eine Demonstration gegen die englische Herrschaft in Aegypten. Sie fuhren in etwa 30 Droschken mit Halbmondfahnen vor dem Hause auf und ab und riefen laut: Nieder mit England! und Aegypten soll frei werden! Dann warfen sie Druckschriften auf die Straße, in denen sie gegen die englische Herrschaft protestierten. Die englische Botschaft, anscheinend über die Absicht der Kolonie unterrichtet, hatte polizeilichen Schutz des Botschaftsgebäudes erbeten. Die Polizeibeamten brauchten aber nicht einzuschreiten, da es nicht zu Zwischenfällen kam.